

An Herrn Bundesminister
Dr. Wolfgang Brandstetter
Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Wien, am 10.03.2016

BETREFF: Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter erlaubt sich, Sie von folgenden alarmierenden Umständen in Kenntnis zu setzen.

Die Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei ist weitestgehend abgeschafft. Mindestens ebenso wie die Medien und Journalisten stehen die Richter und Staatsanwälte nicht nur unter Druck, sondern werden politisch verfolgt. Die Europäische Richtervereinigung hat bereits im vergangenen Jahr einen entsprechenden Aufruf an die politisch Verantwortlichen in Brüssel und beim Europarat gerichtet. Bis auf die Mitteilung, dass man die Situation verfolge, erfolgten, soweit dies von uns erkennbar ist, keine weiteren Maßnahmen.

Die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter hat daraufhin im Gleichklang mit den Richtervereinigungen in 35 anderen europäischen Ländern auch die nationale Presse informiert. Auch deren Reaktion war nur in einigen Ländern umfangreicher.

Damals war unmittelbarer Anlass die Verhaftung von zwei Richtern, welche Polizeibeamte und einen Redakteur, die schon längerer Zeit in Untersuchungshaft waren, aus der Haft entließen. Die ausführlich begründete Entscheidung wurde nicht nur nicht exekutiert, sondern im Gegenteil ein Strafverfahren gegen die beiden Richter eingeleitet, wobei sie beschuldigt wurden, derselben terroristischen Organisation anzugehören, wie die Verdächtigen, die sie aus der Haft entließen, was sich aus der Tatsache ihrer Entlassung erweise.

Schmerlingplatz 11, Postfach 26, A-1011 Wien
T +43 1 52152 303644, F +43 1 52152 303643
ute.beneke@richtervereinigung.at
www.richtervereinigung.at

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT87 6000 0000 0165 5636

ZVR-Zahl 947673779

Die beiden Kollegen sitzen seither in Haft. Das Verfahren wird namens der Europäischen Richtervereinigung durch unseren Vizepräsidenten Dr. Gerhard Reissner beobachtet (siehe Beilagen). Dieses Verfahren ist jedoch nur die Spitze eines Eisbergs. Das Grundproblem liegt darin, dass Richterinnen und Staatsanwälte keine Garantie der Unversetzbarkeit haben. Sie können durch Beschluss des High Council of Judges and Prosecutors (Hoher Rat der Richter und Staatsanwälte) im ganzen Land versetzt werden. Von dieser Möglichkeit wird ausgiebig Gebrauch gemacht, sodass alle Justizangehörigen unter enormem Druck stehen. Mehr als 2000 Richter und Staatsanwälte wurden im vergangenen Jahr versetzt, eine größere Anzahl verhaftet.

Im Februar wurden Disziplinarverfahren gegen mehr als 70 Verwaltungsrichter eingeleitet. Auch dafür ist das High Council of Judges and Prosecutors zuständig. Dies soll über Veranlassung des Innenministers geschehen sein und sich gegen Richter richten, die missliebige Entscheidungen gefällt hatten.

Das High Council of Judges and Prosecutors besteht aus Richtern und Staatsanwälten unter dem Vorsitz des Justizministers. Die Mitglieder wurden im vergangenen Jahr neu gewählt. Fast alle Gewählten stammen von der Liste einer Richtervereinigung, die anlässlich dieser Wahl gegründet wurde und von der Regierung unterstützt wird. Bei der Gründungsversammlung waren Minister anwesend, die auch den Wahlkampf dieser Vereinigung unterstützten. Für den Fall des Obsiegens dieser Liste wurde eine 25% Anhebung der Richtergehälter versprochen, was auch geschah.

Heute erreicht uns die weitere Mitteilung, gespeist von der regierungsnahen Zeitung Sabah, dass 680 Richter und Staatsanwälte suspendiert werden sollen, weil sie der sogenannten "Parallel Structure" angehören sollen. Dabei handelt es sich um ein Argument, mit dem die Regierung die meisten der von ihr initiierten Maßnahmen (Verhaftungen, Entlassungen in allen Bereichen) zu rechtfertigen versucht. Der ehemalige Mitstreiter des Präsidenten, der im Exil lebende Prediger Fethullah Gülen soll ein Netzwerk aufgebaut haben, um die Regierung zu stürzen.

Laut dieser Zeitung sollen 5000 Richter und Staatsanwälte betroffen sein. Im ersten Schritt soll es demnächst Verfahren gegen 120 Verwaltungsrichter und 560 Zivil- und Strafrichter und Staatsanwälte geben.

Die Vereinigung der Österreichischen Richterinnen und Richter ist entsetzt über diese Entwicklungen in einem Mitgliedsstaat des Europarates, welcher die Mitgliedschaft in der EU anstrebt und mit dessen Politikern unsere Politiker Verhandlungen über wichtige europäische Fragen führen.

Da es wohl nicht sein kann, dass vor unseren Augen in einem Nachbarland der Rechtsstaat zu Grabe getragen wird, ersuchen wir Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, daher dringend alles in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, um dies zu verhindern.

Hochachtungsvoll

Mag. Werner Zinkl
Präsident

Beilagen:

- EAJ-Resolution on Turkey (May 2015)
- Baser Report (Jan 2016)
- Baser Report (Feb 2016)